



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

32. Jahrgang · Heft 8

August 1980

Aktuelle Auslese



Immer mehr Ärzte

Mit 5 562 erreichte die Zahl der Ärzte am 31. 12. 1979 einen noch nicht dagewesenen Stand. Nachdem diese Zahl im 50er Jahrzehnt um 3 100 gependelt hatte und im 60er Jahrzehnt allmählich bis auf 3 500 gewachsen war, wurde der Anstieg ab 1970 erheblich steiler, überschritt 1972 die 4 000 und 1978 die 5 000. In den letzten 20 Jahren wuchs die Zahl der Praxisinhaber um gut ein Drittel (+ 37 %), die der Krankenhausärzte aber auf weit über das Doppelte (+ 129 %). Der Anteil der Praxisinhaber unter den Ärzten ist damit von 59 % auf 45 % gefallen, der Anteil der Krankenhausärzte von 31 % auf 40 % gestiegen. 1959 war gut jeder 8. Mediziner eine Ärztin, jetzt ist es jeder 5. Die Arztdichte ist heute mit 467 Einwohnern je Arzt anderthalb mal so groß wie vor 20 Jahren (737).



Freundliches Konjunkturklima im verarbeitenden Gewerbe

Im ersten Halbjahr 1980 setzten sich im verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins die verhaltenen konjunkturellen Auftriebstendenzen, die bereits 1979 wirksam geworden waren, verstärkt fort. Eine Wende in dieser Entwicklung zeichnet sich nach den Berichten der Betriebe bisher nicht ab. So erhöhte sich der Einsatz von Arbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 %, stieg die Zahl der von Arbeitern geleisteten Stunden um 3,6 % und wuchsen die Verkaufserlöse um 12 %. Stärker noch als der Inlandsumsatz (+ 11 %) expandierte die Geschäftstätigkeit auf den Auslandsmärkten (+ 16 %). Das hohe Umsatzplus schrumpft allerdings kräftig, wenn man die Preiskomponente ausschaltet. Da die Inflationsrate in diesem Jahr erheblich über der des Jahres 1979 liegt, entspricht die reale Steigerungsrate des Umsatzes im ersten Halbjahr 1980 mit 4 bis 5 % nur

noch etwa der des Jahres 1979. Der Bestelleingang signalisiert zumindest kurzfristig eine befriedigende Kapazitätsauslastung der Betriebe. Der Wert der geordneten Erzeugnisse stieg im Vorjahresvergleich um 15 %. Die extrem starke Nachfragebelebung aus dem Ausland (+ 42 %) kam insbesondere den Werften des Landes zugute.

Im Schiffbau zeichnet sich eine gewisse Erholung ab, die zunächst allerdings nur durch deutlich gestiegene Ordergänge (+ 63 %) zum Ausdruck kommt. Die Erlössituation (+ 15 %) hat sich gegenüber der des Krisenjahres 1979 noch nicht nachhaltig gebessert.

Im Energieverbrauch sind Substitution und Einsparung von Heizöl und Gas unverkennbar. Der Verbrauch leichten Heizöls wurde im Vorjahresvergleich um ein Viertel eingeschränkt, der von Gas um 7 %. Der Mehrverbrauch an schwerem Heizöl (+ 34 %) beruht ganz überwiegend auf dem kräftigen Anstieg seines nicht-energetischen Einsatzes (Rohstoff für die Düngemittelproduktion). Die Umstellung eines Großverbrauchers auf Kohle (+ 24 %) im Frühjahr 1980 kommt in diesem Vergleich noch nicht voll zur Wirkung.



Mehr Kühe, mehr Milch

Im Juni 1980 gab es in Schleswig-Holstein 495 000 Milchkühe, das sind, nach einem nur geringen saisonalen Rückgang im Frühjahr, um 1 % mehr Tiere als vor Jahresfrist. Andererseits lagen die Mengen in der gewerblichen Schlachtung von Kühen im ersten Halbjahr 1980 um 10 % niedriger. Folgerichtig wurde mehr Milch erzeugt, und zwar um 0,5 % mehr im ersten Quartal und um 5,8 % mehr im zweiten Quartal dieses Jahres, jeweils verglichen mit den entsprechenden Quartalen des Vorjahres.

Auftragseingang und Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe

Nach der Umstellung der kurzfristigen Erhebungen im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe auf ein neues Berichtssystem können nun für Schleswig-Holstein neben den Auftragseingangsergebnissen¹ erstmals auch Daten über den Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe vorgelegt werden. Außerdem werden die Auftragseingänge und Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Beurteilung der konjunkturellen Gesamtentwicklung eines Landes in die Betrachtung einbezogen.

Rechtsgrundlage für die Erhebung der genannten Konjunkturindikatoren ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe, Neufassung vom 30. 5. 1980, BGBl. I, S. 641.

Zur Methode im verarbeitenden Gewerbe

Seit 1970 werden einmal jährlich, jeweils zum 31. 12., von den Statistischen Landesämtern die Werte des Auftragsbestandes für ausgewählte Zweige des verarbeitenden Gewerbes erhoben. Unberücksichtigt bleiben dabei insbesondere das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie die Mineralölverarbeitung. Von dieser Jahreserhebung zu unterscheiden sind die monatlich vom Statistischen Bundesamt erhobenen Daten über den Auftragsbestand bei ausgewählten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (Stichprobenerhebung). Diese Ergebnisse werden für das Bundesgebiet in Form von Indizes veröffentlicht; sie sind für Schleswig-Holstein nur von eingeschränkter Aussagekraft, da in ihnen wegen des geringen Gewichtes des Landes im Bund die landesspezifischen Entwicklungen nicht genügend zum Ausdruck kommen.

Die jährliche Auftragsbestandsstatistik entspricht hinsichtlich der erfaßten Wirtschaftszweige und des Berichtskreises der Auftragseingangserhebung, die im Rahmen des Monatsberichts für Betriebe im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe durchgeführt wird. Die Befragung richtet sich an Betriebe des verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie an entsprechende Betriebe mit

¹) Die Statistik des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe wurde in Heft 6/1979 beschrieben

20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb des produzierenden Gewerbes. Ebenso wie die Auftragseingänge werden auch die Auftragsbestände nach fachlichen Betriebsteilen gegliedert, d. h. Betriebe, die in mehreren Wirtschaftszweigen tätig sind, melden die Auftragsbestände getrennt für die einzelnen Branchen. Entsprechend werden auch die im Monatsbericht für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes erfaßten Umsatzwerte aufgeteilt.

Fachliche Betriebsteile und Umsatz 1979

Hauptgruppe	Fachliche Betriebsteile ¹			
	Anzahl	Umsatz (ohne Handels- ware)	in die Auftrags- eingangstatistik einbezogen	Umsatz in % v.Sp. 2
	Mill. DM	Anzahl		
Bergbau	8	70	—	—
Grundstoffe und Produktionsgüter	439	6 324	283	58
Investitionsgüter	866	8 179	651	88
Verbrauchsgüter	407	3 689	325	88
Nahrungs- und Genußmittel	404	8 224	—	—
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe zusammen	2 124	26 485	1 259	53

¹) der Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Die Auftragsbestandsstatistik wies in Schleswig-Holstein bis zur Einführung des neuen kurzfristigen Berichtssystems die gleichen Schwächen auf wie die Auftragseingangserhebung, d. h. ihre Ergebnisse waren unvollständig.

Vollständige Landesergebnisse konnten sowohl für die Auftragseingangstatistik als auch für die Auftragsbestandsstatistik erst für das Jahr 1978 bzw. für den Stichtag 31. 12. 1978 ermittelt werden. Zwar erstreckten sich die Erhebungen auch 1977 schon auf den Berichtskreis entsprechend dem Gesetz über die Statistik im produzierenden Gewerbe, die in die Erhebungen neu einbezogenen Handwerksbetriebe konnten jedoch in diesem Jahr noch nicht vollständig er-

faßt werden. Aussagen über einen längeren Zeitraum sind somit heute noch nicht möglich.

Obwohl der Aussagewert der auf Länderebene im verarbeitenden Gewerbe jährlich nur einmal anfallenden Auftragsbestandsergebnisse — auch bei Vergleichsmöglichkeiten über einen längeren Zeitraum — nur gering sein kann, sollte dieser Konjunkturindikator nicht außer acht gelassen werden; in Verbindung mit den Monatswerten der Umsätze und Auftragseingänge kann er als statistische Richtgröße zur sachgerechten Beurteilung und Auswertung der insgesamt zur Verfügung stehenden Konjunkturdaten beitragen. Dabei sollte stets die spezifische Bedeutung jedes einzelnen Indikators im Auge behalten werden, um Fehlinterpretationen zu vermeiden, wie sie sich ergeben können, wenn beispielsweise versucht wird, monatlich von der Differenz zwischen Auftragseingang und Umsatz auf die kurzfristige Entwicklung des Auftragsbestands zu schließen².

Während die Auftragseingangsstatisik monatlich alle neu hereingenommenen Aufträge^{2a} zur Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit bei anderen Firmen produzierter Erzeugnisse oder gewerblicher Dienstleistungen enthält, umfaßt die Auftragsbestandsstatistik sämtliche vorliegenden noch nicht ausgeführten Bestellungen in der entsprechenden Abgrenzung.

Die Aufträge der Bestandsstatistik sollen grundsätzlich zu den Preisen bewertet werden, die zum Zeitpunkt des Auftragseingangs galten. Aufträge, die über einen langen Zeitraum abgewickelt werden und denen Preisgleitklauseln zugrunde liegen, sollen jedoch mit den Preisen bewertet werden, die sich aus der Anwendung der entsprechenden Vertragsbestimmungen ergeben. Den Auftragsbeständen liegen also bei richtiger Meldeweise jeweils aktuelle Wertansätze zugrunde.

In der Auftragseingangsstatisik dagegen dürfen nur Wertveränderungen gemeldet werden, die auf Mengenerhöhungen zurückzuführen sind; reine Preisverände-

rungen von Bestellungen früherer Perioden bleiben bei der Auftragseingangsmeldung und somit auch bei der Beurteilung des Auftragsbestands mit Hilfe der Relation des Auftragseingangs zum Umsatz unberücksichtigt. Entsprechend der Abgrenzung des Auftragseingangs und Umsatzes sind sämtliche Vorleistungen in den Auftragsbestandswerten enthalten (sog. Bruttoprinzip), nicht dagegen die Umsatzsteuer sowie Preisnachlässe.

Auftragsbestände gibt es durchaus nicht überall; sie kommen überwiegend im Investitionsgüterbereich vor, in dem die Einzelfertigung nicht standardisierter Erzeugnisse überwiegt und im allgemeinen auf Bestellung und nicht auf Lager produziert wird. Bei Aufträgen für Produkte mit langer Produktionsdauer, wie sie u. a. in Zweigen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik sowie im Schiffbau vorkommen, reduzieren sich die Auftragsbestandswerte kontinuierlich um die bereits produzierten Anteile. Der Auftragsbestand wird also entsprechend dem Produktionsfortschritt abgebaut und nicht, wie man es bei einer Fortschreibung des Auftragsbestands über die Differenz zwischen Auftragseingang und Umsatz unterstellen müßte, nach dem Maße der Fakturierung.

Neben den Investitionsgütern, für die häufig Auftragsbestände angelegt werden, gibt es einzelne Verbrauchsgüter wie Erzeugnisse der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, die vorwiegend in einem festen saisonalen Rhythmus geordert werden und bis zu ihrer Fertigstellung die Auftragsbestände erhöhen.

Für konjunkturelle Aussagen sind die Auftragsbestandswerte vor allem dann interessant, wenn man sie zur verfügbaren Produktionskapazität in Beziehung setzt und so ihre Reichweite feststellt. Da statistische Angaben über Produktionskapazitäten jedoch nicht erhoben werden, können nur Ersatzgrößen wie Produktions- oder Umsatzwerte herangezogen werden, mit deren Hilfe allerdings nur sehr grobe Schätzungen über die Reichweite der Auftragsbestände möglich sind.

Zur Methode im Bauhauptgewerbe

Seit 1971 werden auch im Bauhauptgewerbe monatlich die Auftragseingänge und vierteljährlich die Auftragsbestände erfaßt. Neben den Baugenehmigungen, die im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik erhoben werden und für die kurzfristige Beurteilung der effektiven Nachfrage nicht ausreichen, liegen damit zwei weitere Indikatoren vor, die Auskunft über die tatsäch-

2) Vgl. hierzu: Erhard, U.: Zur Aussage des Index über den Auftragsbestand in der Industrie, in *Wirtschaft und Statistik* 10/1971, S. 605 ff.

2a) Stornierungen von Aufträgen früherer Monate werden nicht berücksichtigt, weil entweder — bei Saldierung im Berichtsmonat — die aktuellen monatlichen Daten schwer interpretierbar würden oder aber alle früheren Monatswerte ständig korrigiert werden müßten, ganz abgesehen von der Belastung der Betriebe

lich bei den bauausführenden Betrieben eingegangenen Bestellungen und die bei ihnen vorliegenden Auftragsreserven geben. Die Befragung richtet sich an alle bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, an bauhauptgewerbliche Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen anderer Wirtschaftsbereiche sowie an die Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes.

Als Auftragseingang ist der Wert aller im Monat eingegangenen, fest akzeptierten Aufträge zur Lieferung oder Erbringung von Bauleistungen nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen zu melden. Entsprechend gilt als Auftragsbestand der Wert aller am Ende eines Berichtsvierteljahres vorliegenden fest akzeptierten Bauaufträge. Für bereits im Bau befindliche Projekte ist bei der Meldung des Auftragsbestandes der Teil des Auftragswertes abzusetzen, der bereits erstellt worden ist. Ebenso wie im verarbeitenden Gewerbe wird auch im Bauhauptgewerbe der Auftragsbestand sukzessiv durch den Produktionsfortschritt reduziert und nicht durch die Fakturierung.

Die Auftragseingangs- und Auftragsbestandsdaten werden kombiniert nach Bauarten und Auftraggebern gegliedert. Angaben zum Fertigteilbau werden gesondert nachgewiesen. Ferner sind die Meldungen des Auftragseingangs länderspezifisch, die des Auftragsbestands kreisweise nach der Lage der Baustellen aufzuteilen; eine Auswertung der so gegliederten Ergebnisse setzt einen Länderaustausch der Daten voraus, der laufend beim Statistischen Bundesamt durchgeführt wird³. In den hier dargestellten Ergebnissen für Schleswig-Holstein sind nicht die Auftragswerte aller in Schleswig-Holstein gelegenen Baustellen, sondern alle diejenigen Aufträge enthalten, die bei Betrieben mit Sitz in Schleswig-Holstein eingegangen sind, unabhängig davon, in welchem Land die einzelne Baustelle liegt.

Ergebnisse für das verarbeitende Gewerbe

Die Statistiken des Auftragseingangs und Auftragsbestands für das verarbeitende Gewerbe beziehen sich – wie bereits erwähnt – auf den vollständigen Berichtskreis, d. h. sie umfassen nicht nur Industrie-, sondern auch Handwerksbetriebe, soweit sie zu Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und

mehr Beschäftigten gehören. Bei Vergleichen mit früheren Darstellungen des Auftragseingangs, die sich nur auf Industriebetriebe bezogen, ist dieser Sachverhalt zu berücksichtigen.

Auftragseingang

Bei den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes gingen im Jahre 1979 Aufträge in Höhe von 14,9 Mrd. DM ein. Gegenüber 1978 erhöhten sich die Bestelleingänge damit um 18 %⁴. Ebenso wie 1978 gingen auch 1979 die meisten Aufträge von Kunden aus dem Inland ein (11,2 Mrd. DM), Käufer aus dem Ausland waren mit Bestellungen in Höhe von 3,8 Mrd. DM (oder 25 %) am günstigen Gesamtergebnis beteiligt. Sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft lag die Entwicklung 1979 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Während sich die Inlandsaufträge in Schleswig-Holstein gegenüber 1978 um 15% erhöhten, konnte auf Bundesebene nur ein Auftragsplus von 9 % erzielt werden. Noch deutlicher war der Abstand im Auslandsgeschäft: Einem Zuwachs von 30 % in Schleswig-Holstein entsprach im Bund ein Anstieg von 15 %.

Trotz der in den nominalen Wertveränderungen enthaltenen Preissteigerungen von insgesamt 5 %⁵ zeigt die Entwicklung der Auftragseingänge 1979 gegenüber 1978 einen insgesamt positiven Verlauf, der von allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes getragen wurde. Das mit einem hohen Potential in Schleswig-Holstein ansässige Investitionsgüter produzierende Gewerbe erzielte 1979 Aufträge in Höhe von 8,0 Mrd. DM, davon entfielen 5,2 Mrd. DM auf Bestellungen aus dem Inland und 2,7 Mrd. DM auf Auslandsaufträge. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe waren mit Auftragswerten von insgesamt 3,7 Mrd. DM und 3,3 Mrd. DM in annähernd gleichem Umfang an dem Gesamtergebnis des verarbeitenden Gewerbes beteiligt; ihre Bestellungen kamen überwiegend von Käufern aus dem Inland, das Auslandsgeschäft war

3) Vgl. Hoffmann, U.: Regionaler Wirkungsbereich der Betriebe im Bauhauptgewerbe, in *Wirtschaft und Statistik* 6/1980, S. 370 ff.

4) Die Ergebnisse des Jahres 1978 wurden um einen im Schiffbau eingegangenen Großauftrag aus dem Iran, der nachweislich nicht realisiert werden konnte, reduziert. Obwohl nachträgliche Stornierungen von Aufträgen sonst nicht berücksichtigt werden, mußte hier eine Ausnahme gemacht werden, um gravierende Fehler in der Beurteilung der Nachfrageentwicklung des Landes zu vermeiden

5) Index der Erzeugerpreise der verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet

Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹ 1979 in wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftliche Gliederung	Auftragseingang			Veränderung gegenüber 1978		
	insgesamt	Inland	Ausland	insgesamt	Inland	Ausland
		Mill. DM		%		
Grundstoffe und Produktionsgüter	3 667	2 896	771	+ 21,6	+ 20,5	+ 26,1
darunter						
Steine und Erden	778	759	18	+ 9,8	+ 10,3	- 7,5
Chemie	2 098	1 540	558	+ 30,1	+ 28,8	+ 33,8
Papier- und Pappeerzeugung	323	229	94	+ 19,2	+ 27,9	+ 2,2
Investitionsgüter	7 984	5 239	2 745	+ 18,9	+ 12,8	+ 32,6
darunter						
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen)	3 187	1 811	1 376	+ 12,7	+ 13,4	+ 11,8
Schiffbau	1 638	998	641	+ 151,9	+ 89,7	+ 414,5
Elektrotechnik	1 326	928	398	+ 18,2	+ 25,8	+ 3,7
Verbrauchsgüter	3 275	3 020	255	+ 13,2	+ 12,6	+ 20,2
darunter						
Papier- und Pappeverarbeitung	532	503	29	+ 19,2	+ 20,2	+ 4,3
Druckerei und Vervielfältigung	1 257	1 240	17	+ 9,1	+ 8,2	+ 202,1
Kunststoffverarbeitung	495	410	86	+ 20,3	+ 18,2	+ 31,9
Textilherstellung	363	300	63	+ 15,6	+ 19,2	+ 1,2
Bekleidung	150	134	16	- 4,1	- 5,2	+ 6,4
Insgesamt	14 925	11 155	3 770	+ 18,2	+ 14,6	+ 30,3

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfangs siehe methodische Erläuterungen

wie schon 1978 auch 1979 demgegenüber unbedeutend.

Da das Niveau der Auslandsaufträge in allen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes wesentlich niedriger lag als das der Inlandsaufträge, konnten im Auslandsgeschäft vergleichsweise hohe Zuwachsraten gegenüber 1978 erreicht werden. Sie lagen bei 33 % im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, 26 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und 20 % im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe.

Vierteljahresergebnisse

Verfolgt man die Entwicklung des Auftragseingangs in den einzelnen Quartalen des Jahres 1979, so zeigen sich im Vergleich mit den entsprechenden Vorjahreswerten steigende positive Veränderungsrate der Nachfrage beim verarbeitenden Gewerbe insgesamt: Die jeweiligen Ordereingänge von 1978 wurden um 6 % im ersten Quartal, um 18 %, 22 % sowie 27 % in den folgenden Quartalen überschritten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Entwicklung der Aufträge im ersten Quartal 1979 von dem extrem schlechten Wetter in Schleswig-Holstein beeinflusst wurde. Vor allem die Entwicklung der Inlandsaufträge im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dürfte davon betroffen gewesen sein.

Bei der rückläufigen Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern im ersten Quartal (- 4 %) ist zu beachten, daß das Auftragsniveau im gleichen Zeitraum des

Veränderungen der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹ in den Quartalen 1979 gegenüber 1978

Wirtschaftshauptgruppe	Veränderungen ... Quartal 1979 gegenüber 1978 in %			
	1.	2.	3.	4.
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 10,9	+ 16,6	+ 31,4	+ 24,5
Inland	+ 5,6	+ 17,7	+ 27,6	+ 26,7
Ausland	+ 30,8	+ 12,7	+ 49,3	+ 16,8
Investitionsgüter	+ 0,5	+ 20,6	+ 19,1	+ 36,5
Inland	- 4,1	+ 19,8	+ 10,9	+ 27,4
Ausland	+ 13,3	+ 22,3	+ 38,5	+ 55,1
Verbrauchsgüter	+ 16,2	+ 12,2	+ 17,0	+ 8,2
Inland	+ 16,4	+ 11,6	+ 16,4	+ 7,1
Ausland	+ 14,4	+ 19,6	+ 24,9	+ 22,1
Insgesamt	+ 6,4	+ 17,7	+ 21,8	+ 26,8
Inland	+ 3,4	+ 16,9	+ 16,8	+ 21,3
Ausland	+ 17,1	+ 20,0	+ 39,7	+ 44,2

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfangs siehe methodische Erläuterungen

Jahres 1978 mit 1,3 Mrd. DM bereits sehr hoch gelegen hatte. Über diesem Wert liegende Inlandsaufträge wurden 1979 lediglich im vierten Quartal mit 1,5 Mrd. DM verbucht. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal stiegen die inländischen Ordereingänge damit um 27 %. Auch die Bestellungen aus dem Ausland erreichten mit einem Zuwachs von 55 % im letzten Vierteljahr 1979 ihren höchsten Stand.

Bei den Betrieben des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes wurden die höchsten Zuwachsraten der In- und Auslandsbestellungen im dritten Quartal verzeichnet, sie lagen mit + 28 % und + 49 % deutlich über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes.

Die Auftragsentwicklung im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe war wie bereits im Vorjahr auch 1979 durch geringe Schwankungen im Jahresverlauf gekennzeichnet. Die Inlandsbestellungen bewegten sich zwischen 727 und 789 Mill. DM, die Auslandsaufträge zwischen 60 und 73 Mill. DM.

Entwicklung in den Wirtschaftsgruppen

In den einzelnen Wirtschaftsgruppen des verarbeitenden Gewerbes spiegelt sich zwar durchgehend die 1979 gegenüber 1978 positive Tendenz der Nachfrageentwicklung wider, das Ausmaß der Nachfragesteigerung war jedoch von Branche zu Branche recht unterschiedlich. Im Bereich des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes lag die chemische Industrie mit einem Gesamtzuwachs von 30 % nicht nur an der Spitze der Entwicklung, die Betriebe dieser Gruppe erreichten mit 2,1 Mrd. DM auch absolut die höchsten Auftragseingänge. Damit setzte sich die bereits 1978 einsetzende lebhafte Nachfrage nach Chemieprodukten fort, deren Verlauf in Schleswig-Holstein offenbar durch den Ausbau des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel bestimmt worden ist.

Die hohen Zuwachsraten sowohl im Inlands- (+ 29 %) als auch im Auslandsgeschäft (+ 34 %) waren allerdings von einer Preissteigerung um 9 %⁶ begleitet, die vor allem von erdölabhängigen Rohstoffen ausgegangen sein dürfte. Auch die künftige Geschäftsentwicklung der chemischen Industrie wird voraussichtlich von den Preis- und Mengenkonditionen am Mineralölmarkt geprägt werden.

6) Index der Erzeugerpreise der chemischen Industrie im Bundesgebiet

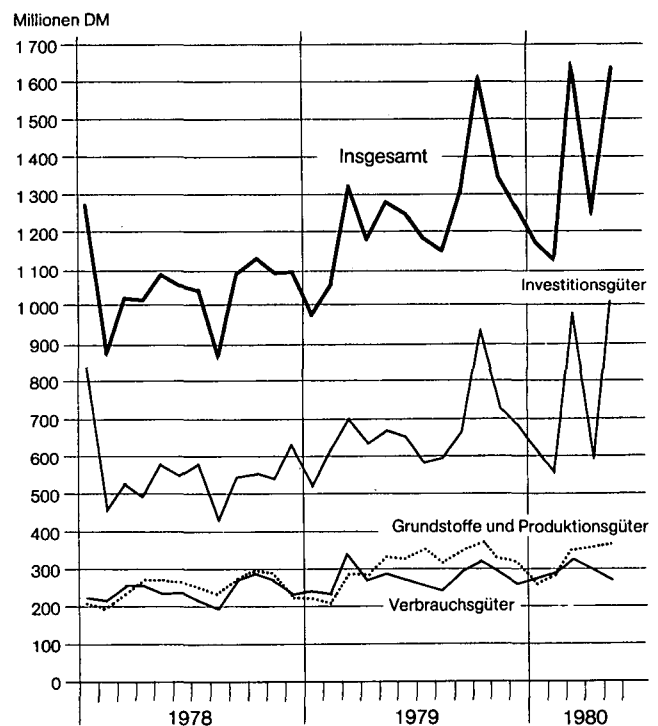
Bei den Betrieben der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden war die Inlandsnachfrage 1979 von der insgesamt günstigen Entwicklung im Baugewerbe gekennzeichnet. Mit einer Zuwachsrate von 10 % stiegen die Auftragseingänge aus dem Inland von 688 Mill. DM 1978 auf 759 Mill. DM 1979. Im Auslandsgeschäft konnte das Auftragsniveau des Vorjahres nicht gehalten werden, es wurde um 8 % unterschritten.

Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe konnte die für diesen Bereich wichtigste Gruppe Schleswig-Holsteins, der Maschinenbau, das Gesamtergebnis von 1978 (2,8 Mrd. DM) um 13 % auf 3,2 Mrd. DM erhöhen. Während 1978 der positive Entwicklungstrend vor allem von den Auslandsmärkten ausging, war die Nachfragesteigerung 1979 sowohl vom Inlands- (+ 13 %) als auch vom Auslandsgeschäft (+ 12 %) geprägt.

Die Belebung im Schiffbau wurde 1979 in einer Erhöhung der Auftragseingänge gegenüber dem extrem niedrigen Wert des Vorjahres von insgesamt 152 % deutlich. Die Auftragswerte im Schiffbau stiegen damit von 650 Mill. DM auf 1 638 Mill. DM an. Spürbare Impulse gingen vor allem vom Auslandsgeschäft aus, die zu Auftragserhöhungen von 415 % führten. Mit einem Zuwachs von 90 % konnte auch die Inlandsnachfrage wesentlich erhöht werden. Die Entwicklung des Schiffbaus muß im Zusammenhang mit dem Werfthilfe-

D 5132

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe



programm des Bundes und der Küstenländer (Auftragshilfe) gesehen werden. Daneben dürften die stärkere Ausrichtung der Werften auf die Herstellung technologisch hochwertig ausgerüsteter Schiffe sowie die Ausweitung des Welthandels die Marktsituation bestimmt haben.

Die Entwicklung der Auftragseingänge in der Elektrotechnik lag mit + 18 % nur knapp unter dem Durchschnitt der Veränderungsrate des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes insgesamt. Die Nachfragebelegung in dieser Branche ging vorwiegend von inländischen Käufern aus, die das Auftragseingangsniveau von 738 Mill. DM 1978 auf 928 Mill. DM 1979 (+ 26 %) ansteigen ließen. Aus dem Ausland gingen lediglich um 4 % höhere Bestellwerte ein als im Vorjahr.

Der Umfang der Auftragseingänge im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe wird in Schleswig-Holstein entscheidend durch die Betriebe der Druckerei und Vervielfältigung bestimmt, die mit Aufträgen in Höhe von insgesamt 1 257 Mill. DM 1979 38 % des gesamten Auftragsvolumens dieser Hauptgruppe auf sich vereinigen konnten. Dabei liegt der Schwerpunkt dieser Branche naturgemäß im Inlandsgeschäft, auch wenn die ausländischen Ordereingänge 1979 gegenüber dem Vorjahr um 202 % zunahmen. Die Auftragseingänge aus dem Inland stiegen im gleichen Zeitraum um 8 % und lagen damit um 4 % unter der durchschnittlichen Inlandsentwicklung der Hauptgruppe.

Die höchste Zuwachsrate der Ordereingänge insgesamt erzielten im Verbrauchsgütersektor mit 20 % die Betriebe der Kunststoffverarbeitung. Hiervon entfielen auf das Inlandsgeschäft 18 % und auf die Nachfrage aus dem Ausland 32 %. Trotz der positiven Tendenz in dieser Branche ist die weitere Entwicklung unsicher, weil die Rohstoffbeschaffung hier ebenso wie in der chemischen Industrie entscheidend von den Konditionen am Mineralölmarkt bestimmt wird. Die Betriebe der Textilherstellung konnten lediglich mit Inlandsaufträgen das Vorjahresergebnis verbessern (+ 19 %), während sich das Auslandsgeschäft auf dem Niveau von 1978 hielt. Im Bekleidungsgewerbe dagegen führte trotz einer positiven Entwicklung des Auslandsabsatzes der negative Geschäftsverlauf im Inland zu einem Rückgang (- 4 %) der Auftragseingänge insgesamt.

Auftragsbestand

Die insgesamt positive Entwicklung der Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes hat

Ende Dezember 1979 zu Auftragsbeständen in Höhe von 6,1 Mrd. DM geführt. Das entspricht einem Anteil von 43 % des 1979 erzielten Jahresumsatzes und läßt auf eine Reichweite von ca. 5 Monaten schließen. Verglichen mit dem Anteil des Auslands am Ordereingang und am Umsatz (je 25 %) erscheinen die Bestände an Aufträgen aus dem Ausland (34 %) relativ hoch. Das erklärt sich aus der Struktur der aus dem Ausland vorliegenden, noch nicht abgewickelten Aufträge, von denen 48 % allein auf den Schiffbau mit seinen langen Fertigungszeiten entfielen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Auftragsreserven des verarbeitenden Gewerbes insgesamt um 26 % erhöht; dabei stiegen die Auftragsbestände aus dem Inland mit 32 % stärker als die aus dem Ausland (+ 16 %).

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wird überwiegend auf Lager und nicht auf Bestellung produziert, was durch die Art der in dieser Hauptgruppe erzeugten Güter bedingt ist. Die Auftragsbestände

Auftragsbestand und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe¹ 1979

	Auftragsbestand am 31. Dezember 1979			Umsatz 1979 (ohne Handels- ware)
	ins- gesamt	In- land	Aus- land	
Mill. DM				
Grundstoffe				
der Produktionsgüter	284,9	181,9	103,1	3 664,5
darunter				
Steine und Erden	40,6	40,5	0,1	785,5
Chemie	113,0	61,1	51,9	2 080,0
Papier- und Pappeerzeugung	35,3	16,6	18,7	325,1
Investitionsgüter	5 549,6	3 609,1	1 940,5	7 159,8
darunter				
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen)	1 527,4	826,4	701,0	3 096,5
Schiffbau	1 764,0	767,9	996,1	1 227,5
Elektrotechnik	630,8	502,1	128,7	1 107,5
Verbrauchsgüter	247,8	221,7	26,1	3 245,4
darunter				
Papier- und Pappeverarbeitung	34,4	31,9	2,5	531,4
Druckerei und Vervielfältigung	35,3	32,7	2,6	1 275,1
Kunststoffverarbeitung	52,7	47,6	5,1	485,3
Textilherstellung	41,4	34,6	6,9	323,8
Bekleidung	27,5	25,3	2,3	150,0
Insgesamt	6 082,4	4 012,7	2 069,7	14 069,8

1) zur Abgrenzung des Erhebungsumfangs siehe methodische Erläuterungen

am 31. 12. 1979 lagen deshalb im Wert noch unter den im gleichen Monat eingegangenen Aufträgen. Lediglich bei den Betrieben der Papier- und Pappe-erzeugung haben sich in geringem Umfang Auftragsbestände gebildet.

Der positive Konjunkturverlauf im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe führte am 31. 12. 1979 zu Auftragsbeständen in Höhe von 5,5 Mrd. DM, das sind 91 % der im verarbeitenden Gewerbe insgesamt vorliegenden Orderreserven und 78 % der im Investitionsgüterbereich 1979 abgerechneten Lieferungen und Leistungen. Die höchsten Auftragsreserven bei den Wirtschaftsgruppen konnte der Schiffbau verzeichnen; sie lagen mit 1,8 Mrd. DM um 8 % höher als die im Jahr 1979 eingegangenen Aufträge, was angesichts der langen Produktionsdauer in den Werften nicht außergewöhnlich ist.

Der Maschinenbau war Ende Dezember 1979 mit einem hohen Auftragspolster ausgestattet. Es erreichte mit 1,5 Mrd. DM fast 50 % des Jahresumsatzes 1979 und läßt auf eine zufriedenstellende Kapazitätsauslastung schließen. In der Elektrotechnik, wo nur in Teilbereichen auf Bestellung produziert wird, war die Auftrags-situation infolge der kräftig gestiegenen Inlandsnachfrage (+ 26 %) relativ noch günstiger als im Maschinenbau. Hier wurde auch — verglichen mit dem Schiffbau (+ 28 %) und dem Maschinenbau (+ 14 %) — die höchste Zuwachsrate der Orderreserven (+ 43 %) erzielt. Im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe waren Auftragsbestände in geringem Umfang bei den Betrieben der Kunststoffverarbeitung und der Textilherstellung vorhanden. Die Auftragsbestände im Bekleidungs-gewerbe, die jeweils durch die Auftrags-schübe im Frühjahr und Herbst anfallen, spiegeln in ihrer Entwicklung (— 14 %) die leicht rückläufige Tendenz der Auftrags-eingänge wider.

Bauhauptgewerbe — Auftragseingang

Die meldepflichtigen Betriebe des Bauhauptgewerbes — im Dezember 1979 waren das 744 — erreichten 1979 einen Auftragseingangswert von 3,1 Mrd. DM und erhöhten damit ihr Vorjahresniveau um 13 %. Dabei ist die in den Veränderungsraten der nominalen Werte enthaltene Preissteigerung von etwa 9 bis 10 % zu berücksichtigen⁷.

7) Preisindizes für Neubauten in konventioneller Bauart ohne Umsatzsteuer (Vergleich der Jahresdurchschnitte 1978 und 1979)

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe¹ 1979

	Insgesamt	Veränderung gegenüber 1978
	Mill. DM	%
Bauhauptgewerbe	3 090	+ 12,9
Hochbau	1 805	+ 5,0
Wohnungsbau	1 088	— 0,5
Landwirtschaftlicher Bau, gewerblicher Hochbau	439	+ 14,9
Öffentlicher Hochbau	278	+ 14,3
Tiefbau	1 284	+ 26,2
Straßenbau	547	+ 26,1
Gewerblicher Tiefbau	169	+ 32,1
Öffentlicher Tiefbau	568	+ 24,7

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfangs siehe methodische Erläuterungen

Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen die Betriebe des Hochbaus mit Auftragseingängen von 1,8 Mrd. DM und die des Tiefbaus mit einem Auftragswert von 1,3 Mrd. DM bei. Im Vergleich zum Vorjahr konnten im Hochbau nur 5 % mehr Bestellwerte hereingenommen werden, während den Tiefbau um 26 % mehr Aufträge erreichten. Der vergleichsweise geringe Anstieg im Hochbau ist vor allem auf die Auftragslage im Wohnungsbau zurückzuführen, der mit einem Auftragseingangswert von 1,1 Mrd. DM den Vorjahresstand nur knapp halten konnte.

Die Entwicklung im Jahresverlauf zeigt, daß die im ersten Quartal 1979 extrem ungünstige Witterung im Wohnungsbau zu starken Auftragseinbußen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (— 14 %) geführt hat. Im zweiten Quartal wurde zwar ein Auftragsplus von 14 % erzielt, das dritte und vierte Quartal waren dann aber bereits wieder durch leicht rückläufige Order-eingänge gekennzeichnet, offenbar bedingt durch die restriktive Diskontpolitik der Bundesbank und die weiter gestiegenen Bau- und Bodenpreise.

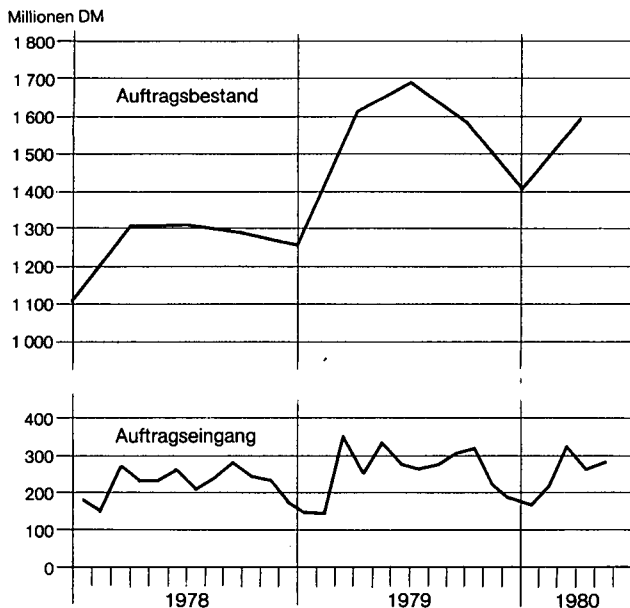
Die positive Auftragsentwicklung im Tiefbau wurde vom Straßenbau und vom sonstigen öffentlichen Tiefbau in annähernd gleicher Höhe getragen. Bei den Betrieben des Straßenbaus stiegen die Bestelleingänge von 433 Mill. DM 1978 auf 547 Mill. DM 1979 (+ 26 %), bei den Betrieben des sonstigen öffentlichen Tiefbaus von 456 Mill. DM auf 568 Mill. DM (+ 25 %). Die Auftragsverteilung in den einzelnen Quartalen des Jahres 1979 war allerdings unterschiedlich hoch; so konnten z. B. der öffentliche Tiefbau — allerdings verursacht durch einen Großauftrag — im ersten Quartal und der

Straßenbau im vierten Quartal einen Auftragszuwachs von je 88 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal erreichen. Die höchste negative Veränderungsrate gab es dagegen mit - 23 % im vierten Quartal im Hochbau für Landwirtschaft und Gewerbe.

Auftragsbestand

Die insgesamt positive Entwicklung der Nachfrage nach Leistungen des Bauhauptgewerbes spiegelt sich nicht nur in den Auftragseingängen, sondern auch in den vorhandenen Auftragsbeständen der Betriebe wider. Den höchsten Stand erreichten die Auftragsreserven des Bauhauptgewerbes 1979 am Ende des zweiten Quartals mit 1,7 Mrd. DM, sie lagen damit um 30 % über dem Stand des entsprechenden Vorjahresquartals. Auch nach Ablauf des ersten und dritten Quartals waren um 24 % und 23 % höhere Auftragsreserven vorhanden als am Ende der gleichen Vierteljahre 1978. Lediglich im vierten Quartal verlangsamte sich die Aufstockung der Auftragspolster (+ 11 %), was auf die im zweiten Halbjahr 1979 einsetzende Abschwächung der Nachfrage im Wohnungsbau zurückzuführen ist. Die Auftragsbestände reduzierten sich in diesem Bausektor von 556 Mill. DM am 31. 12. 1978 auf 499 Mill. DM am 31. 12. 1979, das entspricht einer Abnahme von 10 %.

D 5133 Auftragseingang und Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe



Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe¹ 1979

	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahresende			
	Mill. DM			
Bauhauptgewerbe	1 612	1 695	1 589	1 404
Hochbau	988	1 014	958	824
Wohnungsbau	661	666	589	499
Landwirtschaftlicher Bau, gewerblicher Hochbau	172	183	193	172
Öffentlicher Hochbau	156	165	177	153
Tiefbau	623	681	631	580
Straßenbau	238	282	252	243
Gewerblicher Tiefbau	68	75	73	63
Öffentlicher Tiefbau	316	324	306	274

1) Zur Abgrenzung des Erhebungsumfanges siehe methodische Erläuterungen

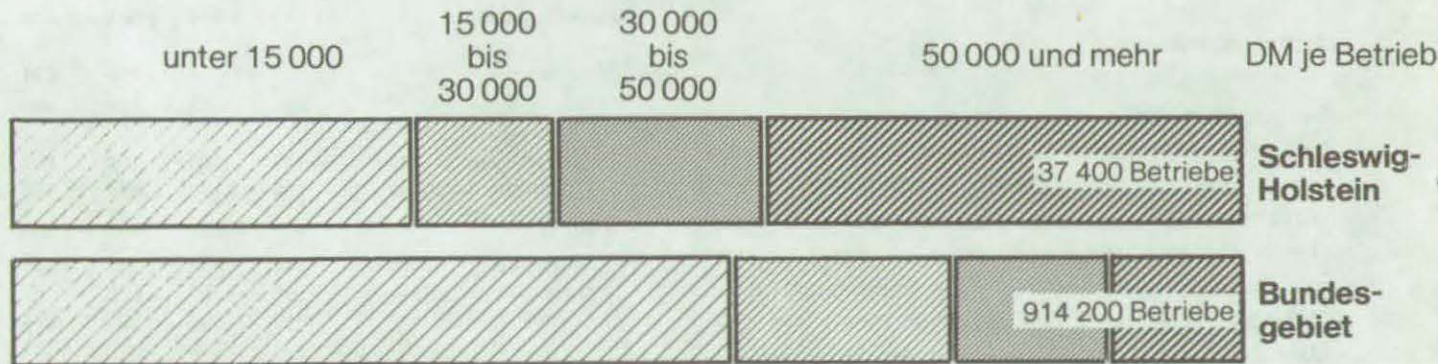
Die Betriebe der übrigen Sparten des Bauhauptgewerbes konnten in allen Quartalen hohe Zunahmen der Auftragsreserven verzeichnen — sie lagen überwiegend zwischen 20 % und 50 % — und dürften demnach bei ausgelasteten Kapazitäten Anfang 1980 noch über zufriedenstellende Reichweiten ihrer Auftragsbestände verfügt haben.

Die Entwicklung der Auftragseingänge zu Beginn des Jahres 1980 läßt auf eine insgesamt zurückhaltende Nachfrage nach Bauleistungen schließen. So gingen bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes in den Monaten Januar bis einschließlich Mai 1980 nur um 2 % höhere Auftragswerte ein als im gleichen Zeitraum 1979. Im Wohnungsbau konnte in derselben Zeit das Vorjahresniveau nur gehalten werden (- 0,2 %). Bei den Beständen der Aufträge im Wohnungsbau setzte sich die bereits Ende Dezember 1979 festgestellte rückläufige Entwicklung fort: Am 31. 3. 1980 lagen die Auftragsreserven in dieser Sparte um 16 % unter dem entsprechenden Stand des Vorjahres. Im Bauhauptgewerbe insgesamt wurde Ende März 1980 das Niveau der Auftragsbestände vom 31. 3. 1979 lediglich um 0,7 % unterschritten.

Jutta Neumann

AGRARSTRUKTUR IN LAND UND BUND 1977

Die landwirtschaftlichen Betriebe* verteilen sich auf Größenklassen des Standardbetriebseinkommens



*) nur Betriebe der Hauptproduktionsrichtung Landwirtschaft einschließlich Gartenbaubetriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind

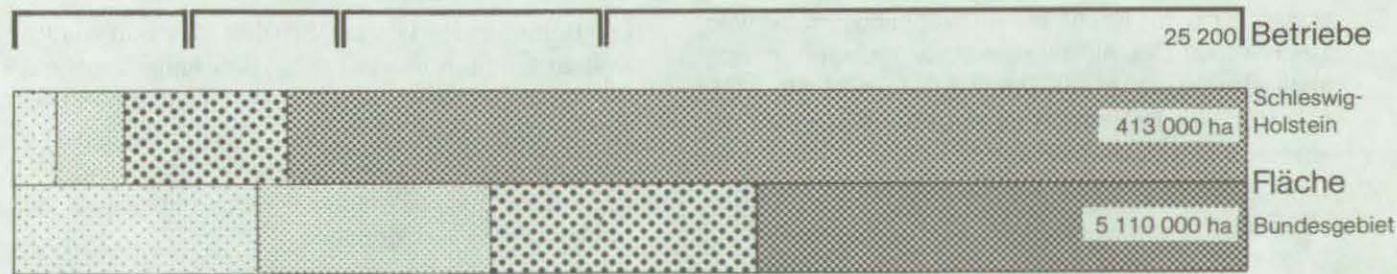
Das Standardbetriebseinkommen ist ein geschätzter (taxierter) Wert, der von den effektiv erzielten und erzielbaren Betriebseinkommen abweicht. Es wurde auf Grund der Anbauflächen und Dezember-Viehbestände mit Hilfe von angenommenen durchschnittlichen Ertrags- und Aufwandgrößen je Flächeneinheit oder Tier — zum Teil kreisweise differenziert — errechnet. Die Betriebseinkommen umfassen theoretisch die Entgelte für entlohnte Arbeit, nichtentlohnte Arbeit, Eigen- und Fremdkapital sowie unternehmerische Tätigkeit. Das Standardbetriebseinkommen kann nicht anstelle des unbekannteren, wirklichen Betriebseinkommens zur Beurteilung der realen Einkommen in der Landwirtschaft benutzt werden, es eignet sich lediglich als zusätzlicher Maßstab für die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe und damit als Gliederungsmerkmal.

Eine ausführliche Erläuterung des Berechnungsverfahrens 1971 ist in den Statistischen Monatsheften Schleswig-Holstein 1973, Heft 5 (Mai) veröffentlicht, die seitherigen methodischen Änderungen und die Rechenansätze für 1977 im Statistischen Bericht C IV 9-j/77, Teil 3.

Im Bild wird für sechs wichtige Betriebszweige gezeigt, wie sich

- a) die Betriebe, die jeweils diesen Zweig betrieben (nur Schleswig-Holstein),
 - b) die jeweilige Produktionsgrundlage (Schleswig-Holstein und Bundesgebiet)
- auf die (Betriebe nach) Größenklassen des Standardbetriebseinkommens verteilen.

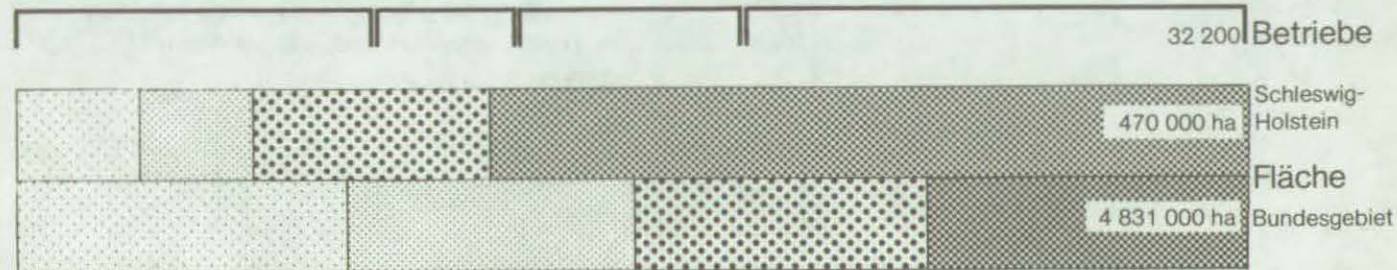
Getreideanbau



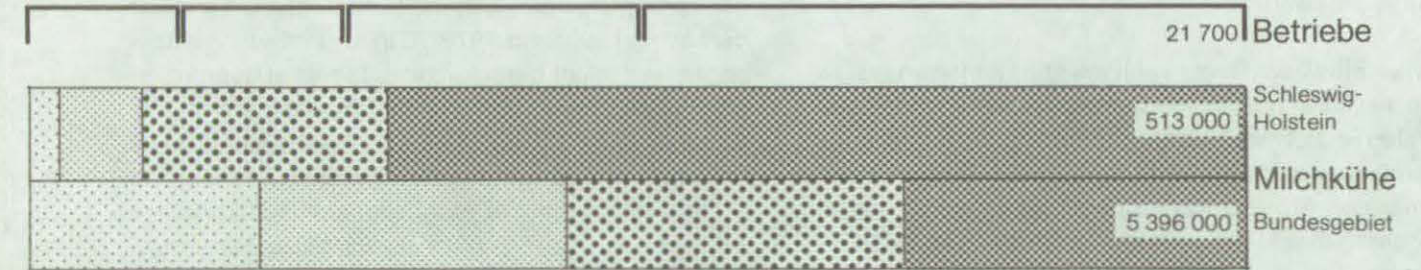
Zuckerrübenanbau



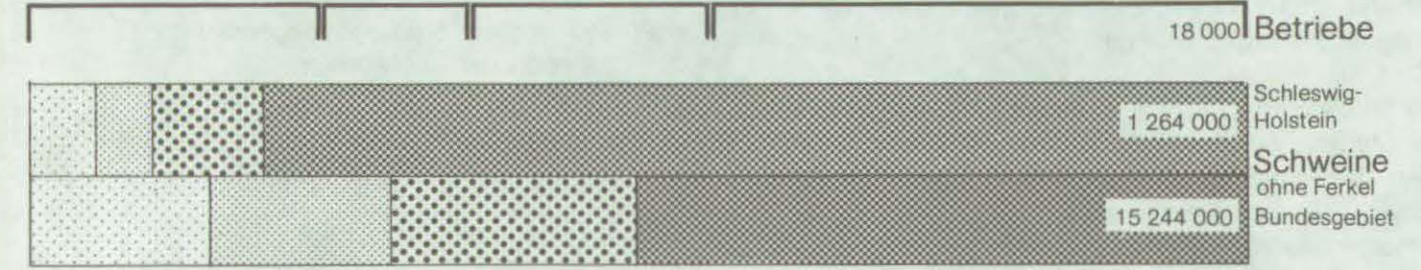
Dauergrünland



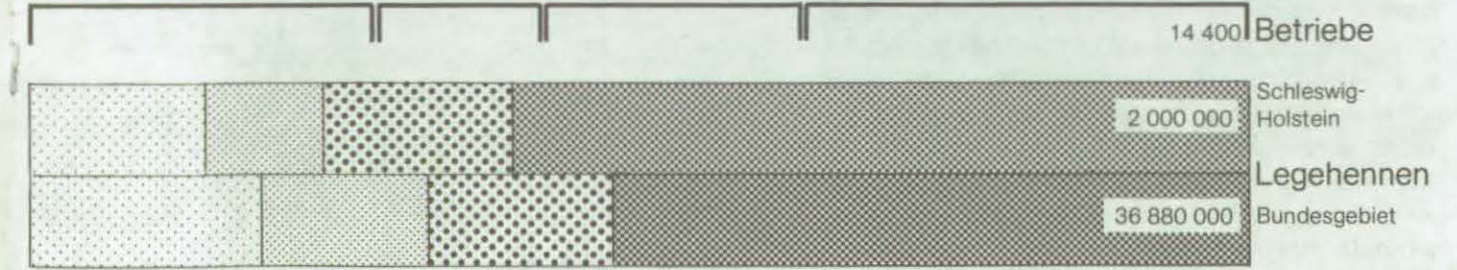
Milchkuhhaltung



Schweinehaltung ohne Ferkel



Legehennenhaltung



Deutsche Studienanfänger

Allgemeines

Über die Ergebnisse der Individualerhebung der Studenten auf der Grundlage des Hochschulstatistikgesetzes ist in den Statistischen Monatsheften schon mehrfach ausführlich berichtet worden. Im Mittelpunkt der Beiträge standen die Charakterisierung des Studentenbestandes eines Semesters oder die Entwicklung der Studentenzahlen über einen längeren Zeitraum. Auf die Zahl und Struktur der Studienanfänger wurde bisher nur am Rande eingegangen. Dabei können die Daten der Studienanfänger für die Beantwortung bestimmter Fragen ergiebiger sein als die aller Studenten. So vermittelt z. B. die Studienanfängerzahl in Zusammenhang mit der Zahl der Studienberechtigten Vorstellungen über den Wechsel vom Schul- in den Hochschulbereich. Auch die Wirkung bildungspolitischer Maßnahmen auf die Größenordnung und Zusammensetzung des akademischen Nachwuchses kann anhand der Studienanfängerstatistik frühzeitig aufgezeigt werden.

Unter Studienanfänger kann man Studenten im ersten Hochschulsesemester (Erstimmatrikulierte) oder im ersten Fachsemester eines bestimmten Studienganges verstehen. In diesem Beitrag wird die Definition der amtlichen Statistik verwendet: Studenten im ersten Hochschulsesemester an einer Hochschule im Bundesgebiet. Da verbrachte Semester im Ausland unberücksichtigt bleiben, zählen damit zu den Studienanfängern auch die Studenten, die vorher außerhalb des Bundesgebietes studierten. Alle Zahlen verstehen sich ohne ausländische Studienanfänger.

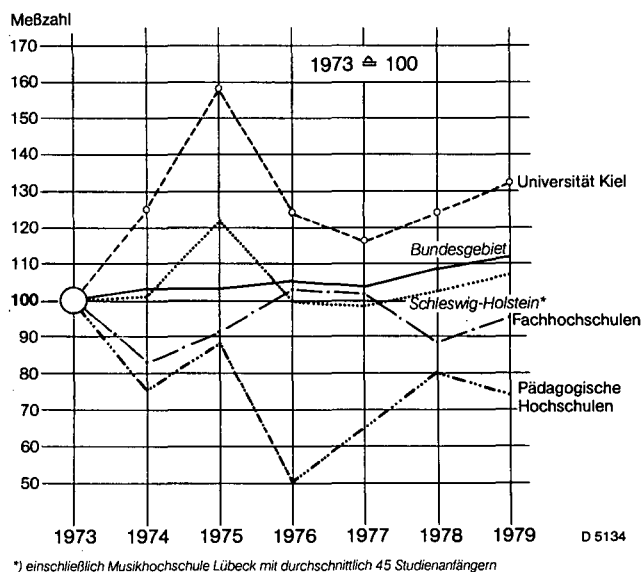
Die Studentenstatistik und damit auch die Befragung der Studienanfänger werden semesterweise durchgeführt. Das Studium an den pädagogischen Hochschulen Kiel und Flensburg kann nur zum Wintersemester begonnen werden. Diese Regelung gilt auch für eine Reihe von Studiengängen an der Universität Kiel wie z. B. für Agrarwissenschaften, Medizin und Rechtswissenschaften. Da grundsätzlich der Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulreife den Studienbeginn frühestens zum folgenden Wintersemester zuläßt, ist eine Auswertung der Studienanfängerdatei eines Sommersemesters nicht sinnvoll. Um den relativ geringen Bestand an Erstimmatrikulierten dennoch in die Untersuchung einzubeziehen, werden sie einem der benachbarten Wintersemester zugeschlagen. Das so gebildete Jahr kann sich aus einem Wintersemester und dem darauffolgenden oder dem vorangegangenen

Sommersemester zusammensetzen. Die Entscheidung für eine der beiden Abgrenzungen kann u. a. durch die Absicht begründet werden, das aktuellste Semesterergebnis in die Auswertung einzubeziehen. Demzufolge wird in diesem Beitrag das Berichtsjahr 1979 als die Zusammenfassung des Sommersemesters 1979 und des Wintersemesters 1979/80 definiert. In gleicher Reihenfolge der Semester sind die vorhergehenden Berichtsjahre zu verstehen.

Die Entwicklung von 1973 bis 1979

Die Entwicklung der Studienanfänger wird hier von 1973 bis 1979 dargestellt. Zahlen aus früheren Jahren sind problematisch, weil die Fachhochschulen damals als Ingenieur- und Höhere Fachschulen noch nicht zum Hochschulbereich gehörten und somit auch andere Studienvoraussetzungen galten. Ebenfalls aus Gründen der Vergleichbarkeit werden die Studienanfänger der Verwaltungsfachhochschule Altenholz, die erst seit dem Wintersemester 1978/79 in die Befragung einbezogen wird, nicht berücksichtigt. Die so abgegrenzten Ergebnisse zeigen, daß die Zahl der deutschen Studienanfänger in Schleswig-Holstein gestiegen ist. 1973 begannen 3 342 Erstimmatrikulierte ihr Studium in Schleswig-Holstein, 1979 schrieben sich 3 375 Studienanfänger ein, also 7 % mehr als vor sechs Jahren. Be-

Entwicklung der Studienanfängerzahl nach der Hochschulart



sonders stark, nämlich um 16 %, fiel der Zuwachs der weiblichen Studienanfänger aus: 1973 nahmen 1 311 Studienberechtigte das Studium auf, 1979 bereits 1 518. Dagegen ist die Zahl der männlichen Studienanfänger nur geringfügig gewachsen. 1979 studierten 2 057 Studenten im ersten Hochschulsesemester, was gegenüber 1973 (2 031 Studienanfänger) einem Zuwachs von 1 % entspricht. Diese geschlechterbezogene Entwicklung führte zu einer Erhöhung des Frauenanteils unter den Studienanfängern, und zwar von 39 % im Jahre 1973 auf 42 % 1979.

	1973	1976	1979
Studienanfänger an den Hochschulen insgesamt	3 342	3 339	3 575
darunter Universität Kiel	1 515	1 874	1 998
Pädagogische Hochschulen	827	412	615
Fachhochschulen	968	1 000	921

Für einen Vergleich mit der entsprechenden Entwicklung im Bundesgebiet müssen für das Berichtsjahr 1979 vorläufige Bundesergebnisse herangezogen werden. Auch wenn sich diese noch geringfügig ändern sollten, kann schon jetzt gesagt werden, daß die Zahl der Erstimmatrikulierten an den bundesdeutschen Hochschulen deutlich stärker stieg als in Schleswig-Holstein. 1973 studierten im Bundesgebiet gut 146 000, 1979 rd. 164 000 Studienanfänger, was einer Zuwachsrate von 12 % entspricht. In der vorstehenden Grafik ist die Entwicklung der Studienanfängerzahlen im Bundesgebiet und an den einzelnen Hochschularten in Schleswig-Holstein dargestellt. Deutlich sichtbar sind die Unterschiede für die Zuwachsraten an den drei Hochschularten.

Universität Kiel

An der Christian-Albrechts-Universität schrieben sich 1979 über die Hälfte (56 %) der rd. 3 600 Studienanfänger ein. Vor sechs Jahren betrug dieser Anteil 45 %, offensichtlich ist die Attraktivität eines Universitätsstudiums in Schleswig-Holstein gestiegen. Diesen Schluß läßt auch der überproportional hohe Zuwachs der Studienanfänger zu. Begannen 1973 1 515 Studenten ihr Studium an der Kieler Universität, so waren es sechs Jahre später bereits 1 998 Studienanfänger, also 32 % mehr. Der Anstieg der Erstimmatrikulationen verlief aber nicht kontinuierlich. Bereits 1975 wurde mit 2 399 Studienanfängern die 2 000-Grenze weit überschritten. Dieser „Ansturm“ auf die Christian-

Albrechts-Universität wurde 1976 gestoppt, die Erstimmatrikulationen gingen auf 1 874 (1976) und 1 753 (1977) zurück, danach stiegen sie (1978 $\hat{=}$ 1 880) wieder an.

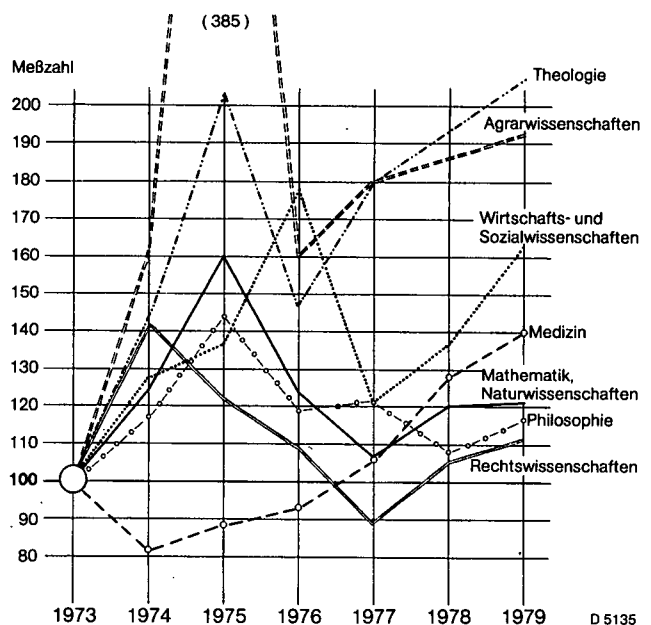
Die Entwicklung der weiblichen Studienanfänger seit 1973 ist durch einen überproportionalen Zuwachs von 40 % gekennzeichnet. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der männlichen Kommilitonen um 27 %. Damit stieg 1979 auch der Anteil weiblicher Studienanfänger auf 42 % gegenüber 39 % 1973.

Die Universität hat das Studienangebot in sieben Fakultäten (Fachbereichen) organisiert, in denen der Anstieg der Studienanfänger unterschiedlich verläuft. Überproportionale Zuwächse verzeichnen die Theologie (107 %), Agrarwissenschaften (92 %), die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (63 %) und die Medizin (40 %). Deutlich schwächer stiegen dagegen die Erstimmatrikulierten in den Naturwissenschaften (21 %), in der philosophischen Fakultät (17 %) und in den Rechtswissenschaften (11 %). Wegen der geringen Zahl von Studienanfängern für das Theologiestudium (1979: 62 Studienanfänger) unterbleiben für sie weitere Ausführungen.

Ähnlich der Entwicklung aller Studienanfänger an der Universität Kiel stiegen in den Naturwissenschaften, der Philosophie und den Agrarwissenschaften die Erst-

Entwicklung der Studienanfängerzahl an der Universität Kiel

1973 $\hat{=}$ 100



immatrikulationen bis 1975 besonders stark an und fielen ein Jahr später etwa auf das Niveau des Vorjahres zurück. Der überproportionale Anstieg im Jahre 1975 in den Agrarwissenschaften kann dadurch erklärt werden, daß zu dieser Zeit mit Ausnahme von Kiel an allen Hochschulen für das Studium der Agrarwissenschaft bereits Zulassungsbeschränkungen bestanden. Der Numerus clausus ist in Kiel erst ab Sommersemester 1976 eingeführt worden. In den Naturwissenschaften sorgten ebenfalls zusätzliche Aufnahmebeschränkungen bei einigen Studiengängen (Ozeanographie, Mineralogie und Meteorologie) dafür, daß 1976 die Studienanfängerzahl gegenüber dem Vorjahr relativ stark zurückging. Der Rückgang kann aber auch durch das nachlassende Interesse am Lehrerstudium verstärkt worden sein, was sich auf die Zahl der Einschreibungen in dieser Fakultät dann auswirkt, wenn weniger naturwissenschaftliche Unterrichtsfächer gewählt werden. 1973 schrieben sich 29 % der Studienanfänger in den Naturwissenschaften ein, um das Lehramt anzustreben, 1974 sogar 38 %. Seit 1975 fiel dieser Anteil dann auf 22 % und weniger zurück. Die veränderte Einschätzung des Lehrerberufs wirkte sich besonders auf den Studiennachwuchs in der philosophischen Fakultät aus. Die Anteile der Erstimmatrikulationen für ein Lehrerstudium lagen dort vor 1976 bei über 70 %, 1976 bereits nur noch bei 55 %. Die Anteile stiegen dann wieder auf 62 % (1977) und 66 % (1978). 1979 ging der Lehrernachwuchs in der Philosophie wieder zurück, was sich in einer Quote von 52 % ausdrückt.

Anders als bei den drei vorher beschriebenen Fakultäten erreichte die Zahl der Studienanfänger in den Rechtswissenschaften bereits 1974 den höchsten Stand. Zu dieser Zeit gab es für das Jurastudium keine Zulassungsbeschränkung. Vermutlich haben sich deshalb viele Studienwillige zum Studium der Rechtswissenschaften entschlossen, unter anderem auch, um später über das Zulassungskriterium der Wartezeit in einem Numerus-clausus-Fach den gewünschten Studienplatz zu bekommen. Seit dem Wintersemester 1975/76 sind die Zulassungen zum Jurastudium begrenzt.

Die Entwicklung der Einschreibung für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften verlief ohne einen drastischen Anstieg. Da in diese Fakultät zusätzlich die Studiengänge Diplom-Handelslehrer und Diplom-Kaufmann aufgenommen wurden, kann mit einem weiteren Wachsen der Studienanfängerzahl gerechnet werden. Der für das Medizinstudium schon sehr lange gesetzte Numerus clausus wird die Ursache dafür sein, daß sich hier die Erstimmatrikulationen seit 1974 kontinuierlich entwickelten.

Pädagogische Hochschulen

An den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg schrieben sich 1979 gut 600 deutsche Studenten für das erste Hochschulsesemester ein, das sind über 200 Studienanfänger (26 %) weniger als 1973. Für diese Entwicklung ist vor allem die veränderte Attraktivität des Lehrerberufs bei den Studienberechtigten verantwortlich. Schon die Abiturientenbefragungen¹ signalisieren neben einer allgemeinen Hochschulmüdigkeit vor allem ein abnehmendes Interesse am Lehrerstudium. Neben der subjektiven Einschätzung des Lehrerberufs wirkte auch der an den pädagogischen Hochschulen eingeführte Numerus clausus auf die Anfängerzahlen der Studenten.

Zum Sommersemester 1976 wurden erstmals in Kiel wie auch in Flensburg überhaupt keine Studienanfänger zugelassen, Erstimmatrikulationen für ein Studium an den pädagogischen Hochschulen Schleswig-Holsteins sind jetzt nur noch zum Wintersemester möglich. Diese Maßnahme erklärt den außergewöhnlich starken Rückgang der Studienanfängerzahl im Jahre 1976. Als Reaktion auf den geänderten Einschreibemodus stellte sich eine verstärkte Nachfrage nach Studienplätzen zum jeweiligen Wintersemester ein.

Überproportional stark ging die Zahl der männlichen Erstimmatrikulierten zurück, und zwar um gut 100 (40 %) auf 157 Studienanfänger im Jahre 1979. Bei den Frauen, die an den pädagogischen Hochschulen mit Anteilwerten zwischen 66 bis 79 % das Bild der Studienanfänger deutlich prägen, belief sich der Rückgang auf 19 %, nämlich von gut 550 Anfängerinnen im Jahre 1973 auf rd. 450 sechs Jahre später.

Für die drei Lehrämter, für die Immatrikulationen an den beiden pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein möglich sind, verlief die Entwicklung unterschiedlich, auch wenn 1979 für alle geringere Studienanfängerzahlen festzustellen sind als vor sechs Jahren. Am deutlichsten ist der Rückgang bei den Erstimmatrikulierten für das Lehramt an Realschulen. 1973 begannen knapp 290 Studenten diese Ausbildung, 1979 waren es 49 % weniger, also nur noch rd. 150. Damit wurde für den hier abgegrenzten Beobachtungszeitraum die niedrigste Studienanfängerzahl in diesem Studiengang erreicht. Das Studium zum Grund- und Hauptschullehrer nahmen 1973 gut 400 Studenten im ersten Hochschulsesemester auf, sechs Jahre später

¹) Statistische Berichte „Studien- und Berufswünsche 1979“, B 13 - j/79

schrieben sich hierfür über 380 Studienanfänger ein, was einem Rückgang von 5 % entspricht. Sicher auch als Folge des erstmals zum Sommersemester 1976 eingeführten Aufnahmestopps sank hier die Zahl der Erstimmatrikulierten 1976 auf den niedrigsten Stand, nämlich auf knapp 160. Danach stieg die Zahl der Studenten im ersten Hochschulsemester von Jahr zu Jahr wieder an. Das geringer gewordene Interesse an dem Studium eines dieser beiden Lehrämter wird noch deutlicher, wenn der Beobachtungszeitraum um das Jahr 1972 erweitert wird. Dann ist 1979 ein Rückgang der Studienanfänger im Studiengang der Grund- und Hauptschullehrer von 22 %, für die angehenden Realschullehrer sogar von 66 % zu beobachten. Anders entwickelte sich die Zahl der Ersteinschreibungen für den Nachwuchs der Sonderschullehrer. Im ersten Hochschulsemester waren 1973 fast 100 Studenten eingeschrieben, dann stieg die Zahl der Erstsemester auf rd. 210 (1975), fiel aber wieder auf etwas über 70 im Jahre 1979 zurück, was gegenüber 1973 einem Rückgang von 23 % entspricht.

Fachhochschulen

Ähnlich der Situation an den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg ist auch an den Fachhochschulen gegenüber 1973 ein Rückgang der Studienanfänger zu beobachten, der jedoch mit 5 % deutlich geringer ausfällt. 1973 studierten rd. 970, sechs Jahre später rd. 920 Studenten im ersten Hochschulsemester.

An dieser Stelle erscheint es angebracht, etwas ausführlicher zu begründen, warum 1973 als Beginn der Zeitreihenuntersuchung gewählt wurde: Mit dem Gesetz über Fachhochschulen in Schleswig-Holstein² vom 26. Juni 1969 realisierte das nördlichste Bundesland schon sehr früh die Vorstellungen der Ministerpräsidenten, die früheren Ingenieur- und Höheren Fachschulen zu Fachhochschulen umzuwandeln. Durch das Fachhochschul-Änderungsgesetz³ wurde die Einbeziehung in den Hochschulbereich 1972 abgeschlossen. Die Statusänderung bewirkte auch höhere Anforderungen an die schulischen Voraussetzungen für die Immatrikulation. Genügte für den Besuch der früheren Ingenieur- und Höheren Fachschulen die mittlere Reife und eine praktische Ausbildung, sind

2) Nachrichtenblatt des Kultusministers des Landes Schleswig-Holstein 1969, Nr. 14, S. 173

3) Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, 10. November 1972, Nr. 17, S. 181

nun Schulabschlüsse mit mindestens Fachhochschulreife notwendig. Jedoch war eine Zeitlang das Studium an Fachhochschulen auch noch nach den alten Bedingungen möglich. Das kann zu einer überhöhten Nachfrage nach einem Studienplatz an Fachhochschulen geführt haben, was die 1.544 Studienanfänger im Jahre 1972 begründen würde. Gegenüber diesem Ergebnis ergibt sich für 1979 damit ein Rückgang von 40 %.

Nach Wegfall der Übergangsbestimmungen und somit der Möglichkeit für einen bestimmten Personenkreis, überhaupt zu studieren, haben sich bei jetzt ähnlichen Zugangsbedingungen die Studienwilligen zwischen der Immatrikulation an einer Fachhochschule oder wissenschaftlichen Hochschule zu entscheiden. Es gibt Gründe, wie bessere Berufsaussichten, höheres Sozialprestige und umfangreicheres Studienangebot, die ein Studium z. B. an der Universität vorteilhafter erscheinen lassen. Auf jeden Fall kann angenommen werden, daß die Statusänderung der früheren Ingenieur- und Höheren Fachschulen dazu beigetragen hat, daß binnen eines Jahres die Studienanfängerzahl von 1.544 (1972) auf 968 (1973) um 37 % zurückging.

Damit dieser besondere Einfluß auf die Zahl der Studienanfänger an Fachhochschulen, der einen Vergleich mit den anderen Hochschulen erschwert, ausgeklammert wird, ist das Jahr 1973 als Beginn der Zeitreihe gewählt worden. Nach 1973 schwankten die Zugänge zwischen 800 und 1.000 Erstimmatrikulationen.

Unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtszugehörigkeit ist an den Fachhochschulen eine gegenläufige Entwicklung festzustellen: gegenüber 1973 hat die Zahl der weiblichen Studienanfänger von 130 auf über 200 um 59 % zugenommen, dagegen die der Männer von rd. 840 auf gut 710 um 15 % abgenommen. Diese Entwicklung führte zu einem größeren Anteil von Frauen, und zwar von 13 % 1973 auf 22 % 1979, der aber — wegen des Übergewichts ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge im Lehrangebot der Fachhochschulen — immer noch nicht die Proportionen der anderen Hochschulen erreicht.

Übergang Schule/Hochschule

In Zusammenhang mit der Entwicklung der Studienanfängerzahl interessieren auch die Schüler, die die Hochschulreife erlangen. In Schleswig-Holstein wie auch im gesamten Bundesgebiet sind die Zahlen der Schulabgänger mit Hochschulreife deutlich ange-

stiegen. 1973 verließen in Schleswig-Holstein gut 4 000, im Bundesgebiet rd. 145 000 Studienberechtigte die allgemeinen und beruflichen Schulen. Fünf Jahre später — vergleichbare Daten für 1979 liegen z. Z. noch nicht vor — hatte sich die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife im nördlichsten Bundesland um 64 % (auf 6 600 Schüler), im Bundesgebiet um 52 % (auf 220 000 Schüler) erhöht. Von den Schulabgängern mit Hochschulreife in Schleswig-Holstein waren 1978 43 % Frauen. Das entspricht etwa der Geschlechterproportion der Studienanfänger, für die sich 1978 ein Frauenanteil von 45 % errechnete. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der männlichen Studienberechtigten mit 66 % etwas stärker an als die der Frauen (61 %), während für das Bundesgebiet der Zuwachs der weiblichen Schulabgänger mit Hochschulreife (82 %) deutlich größer war als der der Männer (33 %).

Schon der Vergleich der Zuwachsraten für die Studienanfänger und Studienberechtigten zeigt, daß die Zahl der Abiturienten allein nicht Bestimmungsfaktor für die Stärke des Studentennachwuchses in einem Bundesland sein kann. Vielmehr muß auch nach der Studienbereitschaft der Schulabgänger, dem Land des Studienortes und Zeitpunkt des Studienbeginns gefragt werden. Nachlassendes Interesse an einem Studium und der Wunsch, verstärkt auch in anderen Bundesländern zu studieren, können trotz stark zunehmender Abiturientenzahlen dazu führen, daß der Zuwachs an Studienanfängern im Land des Schulabschlusses nur relativ gering ist.

Die Ergebnisse der Hochschulzugangsstatisik zeigen sowohl für Schleswig-Holstein als auch für das Bundesgebiet, daß der Anteil der studienwilligen Schüler rückläufig ist. So hatten z. B. im nördlichsten Bundesland 1972 85 % der befragten Schüler vor, ein Studium aufzunehmen, während das 1979 nur noch 65 % beabsichtigten. Die Quote der Studienbereitschaft verdeckt allerdings, daß absolut gesehen 1979 (rd. 3 500 Schüler) mehr Schulabgänger studieren wollten als 1972 (rd. 3 000 Schüler). Vor allem muß aber bedacht werden, daß die Antworten der Hochschulzugangsstatisik als Absichtserklärungen zu verstehen sind, über deren Realisierungsgrad Ungewißheit besteht. Das zeigt sich auch an dem Anteil der unentschlossenen Abiturienten, der von 9 % im Jahre 1972 auf 20 % im Jahre 1979 angestiegen ist.

Informationen über die Herkunft — definiert durch das Land des ständigen Wohnsitzes — der Studienanfänger können wieder aus der Studentenstatistik gewonnen werden. 1979 hatten von den Studienanfän-

gern in Schleswig-Holstein 71 % auch ihren ständigen Wohnsitz im nördlichsten Bundesland. Der Anteil schleswig-holsteinischer Studienanfänger war damit etwas geringer als 1973 (73 %), lag aber um zwei bis drei Prozentpunkte über den Werten der letzten drei Jahre. Die Zusammensetzung des Studienanfängerbestandes nach dem Land des ständigen Wohnsitzes sagt allerdings noch nichts über das Wanderungsverhalten der Schleswig-Holsteiner aus. Wie viele der schleswig-holsteinischen Studienanfänger bleiben im nördlichsten Bundesland? 1973 hatten sich an den Hochschulen im Bundesgebiet 5 146 Studienanfänger immatrikuliert, die als Land des ständigen Wohnsitzes Schleswig-Holstein angaben. Darunter studierten 47 % — also weniger als die Hälfte — im Heimatland. Fünf Jahre später — Bundesergebnisse für 1979 liegen nicht vor — ging die Zahl der Schleswig-Holsteiner auf 5 066 Studienanfänger (— 2 %) leicht zurück, wobei der Anteil derjenigen, der sich an Schleswig-Holsteins Hochschulen erstmals einschrieb, mit 47 % unverändert blieb. Auf ein konstantes Wanderungsverhalten der Schleswig-Holsteiner weisen auch die Anteilswerte von 1977 (47 %) und 1976 (46 %) hin. Diese Zahlen zeigen weiterhin, daß mehr Schleswig-Holsteiner außerhalb der Landesgrenzen das Studium beginnen als sich „fremde“ Studienanfänger in Schleswig-Holstein immatrikulieren. In der Sprache der Bildungsökonomie ausgedrückt, gehört also das nördlichste Bundesland zu den Exportländern. Auf jeden Fall steht fest, daß von vornherein ein relativ konstanter Anteil der Studienwilligen eines Landes nicht das heimische Bildungsangebot in Anspruch nimmt. Das muß neben der allgemeinen Studienbereitschaft berücksichtigt werden, wenn aus der Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife der Studentennachwuchs im eigenen Land vorausgesagt werden soll.

An dieser Stelle muß noch eine kritische Anmerkung zur Angabe „Land des ständigen Wohnsitzes“ gemacht werden, aus der gemeinhin die „Herkunft der Studenten“ abgeleitet wird. Die Auswertung beruht auf den Antworten der Studenten auf die Frage nach der „Heimatanschrift“ (ständiger Wohnsitz), was in der Regel der Wohnsitz der Eltern ist. Es bedarf aber nur verhältnismäßig geringer Abweichungen vom Regelfall in Bezug auf die finanziellen Beziehungen, die Besuchsgewohnheiten oder die psychischen Beziehungen, daß Studienanfänger als Heimatanschrift ihre Wohnung am Studienort angeben. Das führt dann natürlich, als Herkunftsland interpretiert, immer dann zu Fehlschlüssen, wenn Schleswig-Holsteiner in einem anderen Bundesland das Studium aufnehmen und umgekehrt, wenn „Fremde“ in Schleswig-Holstein anfangen zu studieren. Da aber die meisten Zuordnungen stimmen,

auch Fehlerfälle sich länderweise ausgleichen können, bleiben die daraus abgeleiteten Aussagen doch im wesentlichen zutreffend.

Schließlich spielt bei der Darstellung des Übergangs von der Schule in den Hochschulbereich der Zeitfaktor noch eine wesentliche Rolle. Die Studienwilligen eines Jahrgangs beginnen das Studium in verschiedenen Semestern. Das heißt umgekehrt, daß ein Studienanfängerbestand sich aus Studienberechtigten verschiedener Jahrgänge zusammensetzt.

Von den 3 600 Studienanfängern im Berichtsjahr 1979 an Schleswig-Holsteins Hochschulen hatten 46 % die Hochschulzugangsberechtigung im gleichen Jahr erworben, 25 % hatten 1978, 17 % 1977 und 5 % 1976 die Schule mit der Hochschulreife verlassen. Die übrigen Studienanfänger legten bei ihrer Erstimmatrikulation Zeugnisse vor, die vier Jahre und älter waren. Gegenüber 1973 ist vor allem der Anteil derjenigen zurückgegangen, die unmittelbar von der Schule auf die Hochschule wechselten. Damals betrug der Anteil der Studienanfänger, die auch 1973 die Studienberechtigung erlangt hatten, 55 %. Diese Entwicklung läßt sich auch für die schleswig-holsteinischen Studienanfänger an bundesdeutschen Hochschulen aufzeigen. Da für die Beschreibung des Studienbeginns dieser Gruppe nur das Zahlenmaterial seit dem Wintersemester 1975/76 zur Verfügung stand, wird ausnahmsweise ein Semestervergleich aufgestellt. Im Wintersemester 1975/76 begannen 65 % der knapp 3 600 Studienanfänger, die ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten, unmittelbar nach der Schulentlassung mit dem Studium, was im Wintersemester 1978/79 von 58 % der 4 000 Schleswig-Holsteiner beobachtet werden konnte. Dabei ist vor allem der Anteil der Frauen, die sofort studieren, deutlich zurückgegangen, nämlich von 90 % der 1 500 Anfängerinnen auf 74 % der knapp 1 800 Frauen. Im gleichen Zeitraum sind die Quoten bei den Männern von 48 % der 2 100 Studienanfänger auf 44 % der gut 2 200 Studienanfänger gefallen. Die Ergebnisse der Sommersemester zeigen, daß nur die wenigsten Schulabgänger bereits das Studium im gleichen Jahr aufnehmen können. Im Sommersemester 1976 betrug dieser Anteil 7 % der knapp 1 200 Studienanfänger, im Sommersemester 1979 waren das nur noch 4 % von ebenfalls 1 200 Studienanfängern. Wer zum Sommersemester anfängt zu studieren, hat die Studienberechtigung überwiegend im Vorjahr erworben. Dieser Anteil belief sich im Sommersemester 1976 auf 53 %, drei Jahre später auf 45 %, wobei auch hier die entsprechenden Anteilswerte bei den Frauen (76 % zu 60 %) stärker zurückgingen als bei den Männern (41 % zu 36 %).

In der folgenden Übersicht sind für das Berichtsjahr 1978 die 5 066 Studienanfänger mit ständigem Wohnsitz in Schleswig-Holstein nach dem Beginn des Studiums anteilmäßig dargestellt.

	Zeit zwischen Erwerb der Hochschulreife und Studienbeginn					
	gleiches Jahr	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 und mehr Jahre	ohne Angabe
Anteile der Studienanfänger in %						
Insgesamt	46	27	15	5	7	0
Männlich	34	31	21	7	7	1
Weiblich	63	22	7	3	6	0

Deutlich wird auch hier der überproportionale Anteil der Frauen (63 %), die noch im Jahr des Erwerbs des Reifezeugnisses das Studium beginnen. Bei den Männern liegt diese Quote mit 34 % deutlich unter dem Durchschnitt von 46 %. Schon knapp zwei Drittel der männlichen Studienanfänger des Berichtsjahres 1978 begannen das Studium spätestens ein Jahr nach der Schulentlassung, bei den Studienanfängerinnen sogar 84 %. Spätestens zwei Jahre danach sind es 86 % bei den Männern und 91 % bei den Frauen. Es zeigt sich weiter, daß — unabhängig vom Geschlecht — Nachweise über Studienberechtigungen, die vier Jahre und älter sind, Ausnahmen darstellen. Nach einem Zeitraum von spätestens drei Jahren hatten über 90 % der Studienanfänger ihre Immatrikulation vollzogen.

Der Vergleich der zeitlichen Verteilung der Zugänge in den Hochschulbereich deutet an, daß der Beginn des Studiums stärker verzögert wird als früher. Für viele Männer führt die Ableistung des Wehr- und Zivildienstes zu einer verspäteten Immatrikulation. Außerdem können Praktika als zusätzliche Voraussetzung für eine Einschreibung den Studienbeginn hinauschieben. Verstärkt wird diese Tendenz durch die Einführung weiterer Numerus-clausus-Fächer, wenn dadurch mehr Wartezeiten entstehen. Schließlich ist es auch möglich, daß die geminderten Vorteile eines Hochschulstudiums manchen Studienberechtigten veranlassen, wenn nicht überhaupt auf ein Studium zu verzichten, so doch zuerst einmal eine andere Berufsausbildung aufzunehmen. Inwieweit solche Überlegungen tatsächlich auf das Ausbildungsverhalten von Schulabgängern wirken, kann allein mit der Verteilung der Studienanfänger nach dem Jahr des Erwerbs der Hochschulreife allenfalls angedeutet, nicht aber exakt

nachgewiesen werden. Hierzu sind Verlaufsauswertungen notwendig, die das Verhalten einer „Kohorte“ von Schulabgängern über mehrere Jahre bis zur endgültigen Entscheidung über ein Studium beschreiben⁴. Als Ersatz für aufwendige Verlaufsstatistiken können jahrgangsweise Übergangsquoten berechnet werden, und zwar dergestalt, daß z. B. aus allen Berichtsjahren seit 1975 die Studienanfänger, die 1975 als Jahr des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung angegeben haben, auf die studienberechtigten Schulabgänger des gleichen Jahres bezogen werden. Kumuliert man die mit ansteigendem Berichtsjahr immer kleiner werdenden Zugangsquoten, so ergibt sich die gesamte Zugangsquote des Abiturientenjahrganges 1975. Diese Berechnungsmethode ist allerdings nicht unproblematisch, da hier zwei Bestandsmassen verknüpft werden, die aus zwei verschiedenen Erhebungen gebildet werden. So sind Fehlinterpretationen z. B. schon dadurch möglich, daß die Herkunft der Schüler im Rahmen der Schulstatistik durch den Standort der Schule, die der Studienanfänger durch den ständigen Wohnort definiert wird. Die Zahl der Fälle, wo Wohnort und Schulort in verschiedenen Bundesländern liegen, dürfte allerdings gering sein und für diese Untersuchung keine Rolle spielen. Weiterhin können natürlich fehlerhafte Angaben zum Jahr des Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung das Ergebnis beeinträchtigen. Vor allem muß hier noch einmal auf das Problem der Angabe zum ständigen Wohnsitz hingewiesen werden. Die Angabe ist für dieses Berechnungsverfahren deshalb wichtig, weil daraus die Identität zwischen schleswig-holsteinischen Studienanfängern und Schulabgängern hergeleitet wird. Es liegt nahe, daß mit wachsendem Abstand zwischen Erwerb der Hochschulreife und Ersteinschreibung die Angabe zum ständigen Wohnsitz aus verschiedenen Gründen im

4) Siehe hierzu auch „Abiturienten zwischen Schule, Studium und Beruf — Wirklichkeit und Wünsche“, Hochschulplanung 28, Hochschul-Informations-System GmbH

Sinne der Definition ungenauer wird. Die hier skizzierte Rechenmethode kumuliert mögliche Fehlangaben. Das wird an den Zugangsquoten des Abiturientenjahrgangs (einschließlich Schulabgänger mit Fachhochschulreife) 1975 deutlich, wobei der Beobachtungszeitraum ab Wintersemester 1975/76 bis Wintersemester 1978/79 einschließlich — also auf drei Jahre — begrenzt wird. Im Wintersemester 1975/76 begannen 44 % der knapp 5 300 schleswig-holsteinischen Schulabgänger das Studium, im Berichtsjahr 1976 28 %, ein Jahr später 15 % und 1978 5 %. Die Kumulation dieser einzelnen Quoten ergibt eine Zugangsquote von 92 % für den Abiturientenjahrgang 1975. Da die Zahlen für das Sommersemester 1975 fehlen und auch noch ein Studienbeginn nach 1978 möglich ist, muß die Quote sogar noch höher eingeschätzt werden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß annähernd alle Studienberechtigten eines Jahrgangs eine Hochschulausbildung beginnen.

Daß die Genauigkeit des Verfahrens durch die Unzuverlässigkeit der Angabe des ständigen Wohnsitzes gemindert wird, zeigen Bundesauswertungen, für die dieses Problem entfällt. Danach hatten sich von den rd. 169 500 Schülern, die 1975 die Hochschulreife erwarben, vom Wintersemester 1975/76 bis Wintersemester 1978/79 rd. 85 % an irgendeiner Hochschule im Bundesgebiet erstmals immatrikuliert, was als durchaus realistischer Wert angesehen werden kann. Trotz der möglichen Unschärfen dieser Methoden können die Zugangsquoten grobe Hinweise darüber geben, wie viele Abiturienten eines Jahrgangs wann ein Studium aufnehmen. Da sich zum Zeitpunkt der Befragung ein relativ hoher Anteil Schüler unentschlossen zeigt, ist es verständlich, daß schließlich die tatsächlichen Zugangsquoten größer sind, als es die Ergebnisse der Hochschulzugangstatistiken vermuten lassen.

Karl-Friedrich Wormeck

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 — 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

noch: 6. Fremdenverkehr

b) Bade- und Kurgäste in ausgewählten Seebädern 1871 bis 1912

Erfasst werden sollten die lediglich zur Erholung oder Heilung anwesenden Personen. Es sind jedoch auch manchmal deren Begleiter (Angehörige, Dienstboten) einbezogen worden. Durchreisende mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als 3 Tagen wurden im allgemeinen nicht mitgezählt; doch auch hier ist nicht immer sauber getrennt worden.

Kalender- jahr	Borby ¹⁾	Dahme	Glücksburg (Ostsee)	Grömitz	Heiligen- hafen	Amrum	Büsum	Helgoland	Sankt Peter und Ording	Wenning- stedt (Sylt)	Westerland	Wyk auf Föhr
1871	550	50	.	.	.	1 373	1 102
1872	500	.	330	.	68	.	130	.	.	.	1 504	1 506
1873	.	.	670	1 462
1874	560	.	832	.	50	.	180	.	.	.	1 460	1 215
1875	650	.	1 108	.	70	.	250	.	.	.	1 494	1 116
1876	650	.	1 140	.	42	.	238	.	.	.	1 413	922
1877	.	.	1 230	.	14	.	230	.	.	.	1 650	810
1878	550	.	1 400	.	14	.	380	.	.	.	1 651	1 015
1879	500	.	1 212	.	.	.	210	.	.	.	1 749	1 124
1880	550	.	1 550	.	34	.	220	.	.	.	2 017	1 208
1881	600	.	1 442	.	25	.	360	.	83	.	2 010	1 315
1882	700	.	1 708	.	60	.	500	.	120	.	2 551	1 659
1883	750	.	1 681	.	60	.	550	.	180	.	2 573	1 729
1884	600	.	1 800	.	60	.	860	.	260	.	2 901	2 038
1885	550	.	1 500	.	60	.	640	.	209	.	3 117	1 521
1886	600	.	1 703 ^a	.	40	60	820	.	269	152	4 148 ^b	1 484
1887	560	.	2 000 ^a	.	50	85	900	.	280	194	5 226 ^b	1 495
1888	555	.	1 800 ^a	.	60	160	600	.	185	132	5 383 ^b	1 484
1889	540	.	2 365 ^a	.	80	300	1 596	.	275	207	7 184 ^b	1 807
1890	362	.	1 870 ^a	.	100	820	1 479	.	441	253	7 039 ^b	2 126
1891	550	.	2 186 ^a	.	115	1 150	1 520	.	546	122	8 287	4 978
1892	700	.	2 150 ^a	.	120	1 100	1 975	.	732	153	9 205	4 834
1893	600	.	2 000 ^a	.	120	1 700	1 610	.	655	181	7 836	3 950
1894	100	.	1 900 ^a	.	200	1 400	1 684	13 020 ^b	658	259	8 365	4 707
1895	200	.	1 800 ^a	.	234	2 000	2 187	14 270 ^b	621	337	9 979	5 246
1896	280	.	1 860 ^a	.	300	2 400	1 753	2 819	775	457	10 300	1 560
1897	450	.	2 001 ^a	.	350	2 400	2 038	3 285	793	536	11 490	1 828
1898	500	.	2 400 ^a	.	250	3 000	2 358	3 615	683	574	12 200	1 812
1899	600	.	2 498 ^a	.	510	3 500	2 454	3 875	705	660	12 035	1 874
1900	560	.	2 144 ^a	.	560	3 200	2 597	3 682 ^c	638	838	12 791	1 880
1909	.	4 500	1 645	3 237	.	4 964	4 755	5 407	1 636	2 131	20 982	6 633
1910	.	5 500	1 622	4 646	.	5 603	5 298	5 555	2 139	2 297	23 887	6 788
1911	700	5 467	2 066	4 744	941	6 189	6 029	6 607	2 973	2 541	30 004	7 469
1912	800	5 700	1 786	8 008	1 037	6 267	5 212	4 731	3 318	2 918	27 181	9 545

- 1) seit 1. 4. 1934 Stadtteil von Eckernförde; 1911/12 Eckernförde/Borby
a) einschl. Besucher der Kaltwasser-Heilanstalt b) einschl. aller Durchreisenden
c) 18 429 Besucher insgesamt, davon 3 682 länger als 3 Tage (1 218 länger als 1 Woche)

QUELLEN: 1871 bis 1900: Zeitschrift des Königl. (Preuß.) Statistischen Bureaus 1881, 1886, 1894, 1898, 1903
1909 bis 1912: Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1911 bis 1914

c) Fremdenmeldungen in ausgewählten Seebädern 1929 bis 1964

Die folgenden Angaben sind mit denen der Tabelle b nicht unmittelbar vergleichbar, da ihnen ein anderer Fremdenbegriff zugrunde liegt. Hier sind alle neu angekommenen Fremden erfasst, die mindestens einmal gegen Entgelt Übernachtet haben, ohne Rücksicht auf den Zweck ihres Besuchs (also auch der Berufsreiseverkehr ist enthalten). Mitreisende Familienangehörige und begleitendes Dienstpersonal sind als Fremde mitgezählt. Fremde mit längerem Aufenthalt als 2 (vor 1933: 3) Monate, werden im allgemeinen nicht mehr einbezogen, mit Ausnahme in Sanatorien, Kur- und Heilanstalten bei längeren Kuren.

Sommer- halbjahr (S) 1) Winter- halbjahr (W) 1)	Eckernförde	Dahme	Glücksburg (Ostsee)	Grömitz	Heiligen- hafen	Amrum (Wittdün, Nebel, Norddorf)	Büsum	Helgoland	Sankt Peter und Ording	Wenning- stedt (Sylt)	Westerland	Wyk auf Föhr
einschl. Kinderheime												
S 1929	3 193 ^a	7 909	.	10 774	5 742	21 747	7 929
W 1929/30	141	141
S 1931	3 603 ^a	5 268	22 447	8 628	4 819	21 501	.
W 1931/32	108	108
S 1935	1 929	.	887	.	6 136	5 384 ^b	5 465	31 639	9 301	6 580	26 175	5 137
W 1935/36	248	166	166	.	895	.	1 845	165
S 1938	8 708	5 254	3 109	18 940	5 500	10 899	13 533	22 950	11 129	7 714	32 393	13 924
W 1938/39	1 523	311	11	878	882	1 681	643	1 447	1 201	8	4 707	1 954
ohne Kinderheime												
S 1950	4 224	4 096	1 648	14 304	4 122	4 276	3 857	-	6 927	4 955	23 355	4 879
W 1950/51	1 912	387	147	689	1 296	95	410	-	564	5	1 513	130
S 1953	7 597	9 174	3 758	19 610	9 875	10 890	7 247	-	17 115	8 381	30 232	8 074
W 1953/54	1 809	545	751	765	1 967	554	542	-	822	49	3 351	146
S 1956	8 561	11 068	5 832	27 811	13 347	13 664	14 249	6 336	21 567	12 182	45 681	14 796
W 1956/57	2 484	359	2 128	5 255	1 632	562	1 257	282	2 064	171	4 295	1 456
S 1959	13 547	19 394	8 346	41 998	15 847	18 164	17 621	16 639	26 935	14 537	55 882	19 840
W 1959/60	5 363	543	2 349	5 599	1 700	544	1 759	478	2 639	345	5 646	2 795
S 1964	11 596	23 755	10 214	60 725	17 041	21 246	21 554	40 640	33 796	18 434	75 239	28 233
W 1964/65	4 902	648	2 256	1 394	1 637	1 209	1 892	3 967	2 349	269	15 031	4 852
einschl. Kinderheime												
S 1964	11 596	23 755	11 392	61 190	18 555	27 445	21 935	40 640	42 339	19 426	80 256	34 570
W 1964/65	4 902	648	3 132	1 729	1 927	3 248	1 892	3 967	6 126	587	17 954	8 578

1) Sommerhalbjahr = 1.4. bis 30.9.; Winterhalbjahr = 1.10. bis 31.3.

a) Wittdün

b) Wittdün, Norddorf

Schluß: 6. Fremdenverkehr

d) Fremdenübernachtungen in ausgewählten Berichtsorten 1928 bis 1965

Sommer- halbjahr (1. 4. - 30. 9.)	Kiel	Lübeck (ohne Travemünde)	Bad Bramstedt	Malente- Gremsmühlen	Mölln	Amrum (Wittdün, Nebel, Norddorf)	Büsum	Helgoland	Kampen	Sankt Peter und Ording	Wenning- stedt (Sylt)
einschl. Kinderheime											
1928	61 862	46 715 ^b	.	97 795	.	175 508 ^a	.
1929	.	48 807	.	.	59 320	.	87 942	87 116	.	169 237 ^a	.
1930	.	38 779	.	.	57 312	.	.	73 480	.	96 899	.
1931	.	33 076	85 648	.
1932	.	25 711	.	.	56 996	.	71 761	84 613	.	77 007	.
1933	.	21 745	.	.	55 838	.	34 507	93 125	.	81 063	.
1934	73 242	34 113	.	.	55 993	.	29 560	113 440	50 961	90 400	.
1935	107 905	38 678	70 841	.	54 481	89 177 ^c	47 365	109 463	68 477	91 747	143 439
1936	119 660	50 012	77 103	.	56 148	115 102 ^c	46 514	87 845	73 851	111 834	110 012
1937	121 391	57 306	82 175	.	62 302	205 829	82 623	70 024	94 050	181 724	116 415
1938	154 222	49 877	91 209	100 208	60 881	237 397	154 376	59 292	113 392	250 388	121 482
1939	161 764	48 462	81 582	(83 404) ^d	61 171	(145 821) ^e	131 941	(28 683) ^d	111 861	244 133	102 561
ohne Kinderheime											
1949	42 584	37 371	74 272	41 501	5 734	61 921	28 416	-	54 192	46 822	51 562
1950	56 602	41 636	86 119	59 370	41 672	65 577	33 991	-	67 897	80 085	69 054
1951	74 777	42 986	91 807	80 353	37 114	137 851	36 541	-	70 561	92 251	86 097
1952	83 780	56 847	102 058	101 715	36 912	156 956	49 721	-	70 892	160 214	93 837
1953	86.664	68 642	118 900	90 540	42 643	159 308	96 636	-	70 124	238 701	138 417
1954	94 526	73 751	126 434	111 456	42 450	165 043	116 899	10 790	75 525	209 211	105 686
1955	102 392	81 106	136 515	124 334	53 411	213 107	142 317	23 555	103 426	211 961	112 346
1956	112 847	90 144	154 855	147 445	59 577	214 731	168 587	25 492	144 174	294 406	148 730
1957	118 364	96 598	151 213	175 759	64 304	248 222	187 466	40 732	168 502	306 759	169 901
1958	118 945	101 242	175 348	177 375	60 943	273 431	199 393	51 235	178 568	336 908	204 096
1959	132 149	125 678	196 528	181 433	72 624	308 131	245 900	76 512	198 274	400 259	229 773
1960	141 269	111 491	192 766	171 093	112 306	312 290	251 426	115 896	176 101	386 674	220 192
1961	146 743	110 066	197 709	184 975	102 961	307 422	274 427	163 725	181 398	422 098	244 093
1962	163 423	114 531	198 120	167 469	94 127	306 581	223 547	193 395	179 397	428 601	243 510
1963	165 643	151 745	200 665	188 044	66 806	342 250	277 731	235 912	176 355	473 628	271 727
1964	164 612	145 530	209 964	197 146	71 369	372 512 ^f	308 170	272 497	206 306	484 233	292 090
1965	171 745	153 969	215 888	193 723	63 050	412 376 ^f	333 495	299 145	203 315	504 840 ^g	312 425

Sommer- halbjahr (1. 4. - 30. 9.)	Westerland	Wyk auf Föhr	Dahme	Grömitz	Heiligen- hafen	Kellenhusen (Ostsee)	Scharbeutz	Niendorf a.O.	Timmen- dorfer Strand	Travemünde
einschl. Kinderheime										
1929	.	227 592	148 645
1930	236 667	144 014
1931	111 585
1932	86 723
1933	210 549	128 397
1934	267 924	118 392	.	.	32 480	127 597
1935	291 970	100 609	.	.	48 361	121 753
1936	269 662	171 110	.	83 819	70 077	108 438
1937	354 273	262 699	86 459	180 341	60 011	102 010	.	.	.	143 918
1938	425 506	390 375	91 213	184 790	63 269	113 338	122 632	224 891	297 297	127 974
1939	(257 369) ^d	(376 641) ^e	94 959	(171 802) ^d	(32 039) ^d	(113 326) ^e	140 868	234 414	345 765	116 816
ohne Kinderheime										
1949	141 947	67 131	28 677	144 191	38 174	42 356	27 622	44 500	142 101	61 026
1950	316 585	77 894	57 348	179 661	36 109	62 762	61 695	49 199	165 112	108 068
1951	382 513	101 684	77 862	197 072	41 405	91 543	60 483	87 173	190 295	117 877
1952	411 605	125 372	104 027	237 456	59 025	121 463	88 672	107 631	197 458	145 396
1953	391 391	135 475	124 885	233 823	61 598	125 990	88 751	114 675	209 515	166 709
1954	406 826	148 522	130 139	251 006	60 592	127 899	113 407	135 518	264 253	191 832
1955	438 627	157 107	155 891	325 583	69 971	152 866	128 062	160 149	322 251	225 880
1956	558 498	210 777	184 042	366 136	108 552	187 611	193 161	169 461	332 290	262 364
1957	607 714	238 218	199 111	365 108	110 409	215 079	217 042	151 693	375 161	310 831
1958	622 858	275 981	212 786	450 138	121 045	236 057	250 950	162 515	419 794	324 627
1959	698 907	310 019	271 854	541 278	135 742	261 804	267 568	182 722	466 497	372 050
1960	822 824	318 551	285 354	551 598	149 716	280 777	284 200	183 596	472 103	363 945
1961	866 367	352 352	328 829	596 405	171 344	291 253	321 409	184 328	473 980	391 460
1962	759 369	330 996	332 241	627 328	164 458	286 282	247 163	190 829	421 838	393 500
1963	933 755	371 301	370 145	715 422	172 065	303 799	306 279	160 157	455 827	462 566
1964	1 027 677	423 058	392 114	806 472	179 945	343 177	298 117	162 762	500 986	481 845
1965	1 006 695	463 801	376 062	855 233	181 692	361 630	324 095	742 510		499 183

a) einschl. Jugendherbergen (1930 einschl. Jugendherbergen = 100 549) b) Wittdün c) Wittdün, Norddorf
d) nur für 1. 4. bis 31. 7. e) nur für 1. 4. bis 31. 8. f) davon Norddorf 200 353, Nebel 115 664, Wittdün 96 359
g) davon Sankt Peter 419 181, Ording 85 659

QUELLEN: (auch für Tab. c) 1928 bis 1932: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 1929/30 bis 1934
Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933 und 1934
1933 bis 1936: Statist. Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1935 bis 1936
Statist. Reichsamt, Vj.hefte z. Stat. d. Dt. Reichs 1935 IV und 1936 IV
1937 bis 1939: Statist. Reichsamt, Vj.hefte z. Stat. d. Dt. Reichs 1937 IV bis 1939 IV
1949 ff: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

